

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

2. Dezember 2013

Afghanistan

Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sieht Steinigung und Auspeitschung vor

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet, dass der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches als Strafe für außerehelichen Geschlechtsverkehr die Todesstrafe durch Steinigung vorsehe, wenn einer der Partner verheiratet sei. Falls beide unverheiratet seien, betrage die Strafe 100 Peitschenhiebe. Körperstrafen nach der Scharia wurden bisher von der Regierung abgelehnt, kamen aber hin und wieder in Gebieten vor, in denen die Taliban die Vorherrschaft haben bzw. wo der afghanische Staat nicht ausreichend vertreten ist.

So wurde am 25.11.13 bekannt, dass in der nordafghanischen Provinz Baghlan ein junges Paar wegen seiner außerehelichen Beziehung getötet worden sei. Ein Stammesrat habe die Todesstrafe beschlossen und der Vater des Mädchens habe das Paar dann erschossen.

Sicherheitslage

In der nordafghanischen Provinz Farjab wurden am 27.11.13 sechs afghanische Mitarbeiter der französischen Hilfsorganisation ACTED ermordet und ein Mitarbeiter schwer verwundet, nachdem Taliban-Kämpfer ihr Auto im Distrikt Pashtun Kot gestoppt hatten.

Am 28.11.13 starb bei einem Drohnenangriff der US-Armee im Distrikt Garmsir der südafghanischen Provinz Helmand ein Kind, zwei Frauen wurden verletzt.

Nach Einschätzung der UN wächst die Bedrohung für Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Seit Jahresbeginn habe es 237 Angriffe gegeben, 36 Mitarbeiter seien getötet worden. Ein am 01.12.13 veröffentlichter UN-Bericht nennt Afghanistan das „für humanitäre Helfer gefährlichste Land der Welt“.

Pakistan

Angriff auf Polio-Impfteam

Extremisten töteten am 30.11.13 bei einem Angriff auf ein Polio-Impfteam in der Stadt Peshawar einen Polizisten. Polio-Impfteams sind in Pakistan immer wieder Ziel von Übergriffen.

Neuer Armeechef ernannt

Am 27.11.13 bestimmte der pakistanische Präsident Mamnoon Hussain den General Raheel Sharif zum neuen Chef der Armee. Sharif folgt General Ashfaq Pervez Kayani, der nach zwei jeweils dreijährigen Amtszeiten turnusgemäß aus dem Amt ausschied.

Irak

Sicherheitslage

Am 25.11.13 wurden bei Anschlägen rund 40 Menschen getötet und fast 100 verletzt. Am stärksten betroffen waren Bagdad und Mosul.

Am 26.11.13 starben unterschiedlichen Meldungen zufolge zwischen 20 und 30 Menschen.

Am 27.11.13 wurde von mindestens 75 Todesopfern und 98 Verletzten berichtet. Überwiegend betroffen waren Bagdad und Mosul. In Bagdad fand die Polizei lt. Pressemeldung in einem überwiegend von Sunniten und in einem von mehrheitlich von Schiiten bewohnten Stadtviertel die Leichen von 14 Männern.

Am 28.11.13 starben zwischen 38 und 60 Menschen. So traf eine Serie koordinierter Anschläge Städte südlich von Bagdad, u.a. Hilla und Jbela in der Provinz Babil, Suwayra (Provinz Wassit), Nassiriya (Provinz Thi Qar). Auch z.B. in Bagdad, Tikrit und Mosul kam es zu Anschlägen.

Am 29.11.13 gab es mindestens 52 Todesopfer. Am stärksten betroffen war Bagdad mit mindestens 37 Todesopfern.

Am 30.11.13 wurden unterschiedlichen Meldungen zufolge zwischen 20 und 30 Menschen u.a. in Tikrit, Bagdad, Tuz Khurmato, Baiji und Mosul getötet.

Am 01.12.13 starben mindestens 44 Menschen, mehr als 70 wurden verletzt. Am stärksten betroffen waren Bagdad und die Provinz Diyala.

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im November 2013 insgesamt 903 Zivilpersonen getötet. Im Jahr 2013 gab es bisher (Stand: 30.11.13) mehr als 8.200 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung.

Nach Angaben von UNAMI wurden im November 565 Zivilpersonen getötet und 1.186 verletzt. Weiterhin wurden 94 Angehörige der irakischen Sicherheitskräfte getötet und 187 verletzt. Am stärksten war die Provinz Bagdad betroffen, gefolgt von den Provinzen Ninive, Salahaddin und Diyala.

Zwischen Januar und November 2013 wurden nach UNAMI bisher 7.157 Zivilpersonen und 952 Angehörige der irakischen Sicherheitskräfte getötet.

Syrien

Internationale Friedenskonferenz für Januar 2014 einberufen

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon berief am 25.11.13 nach mehrmaligen Verzögerungen eine internationale Friedenskonferenz für Syrien für den 22.01.14 in Genf ein. Die syrische Regierung und die Opposition sollen erstmals direkt miteinander verhandeln. Ziel der Konferenz ist eine Übergangsregierung. Die syrische Regierung und die vom Westen unterstützte oppositionelle Syrische Nationale Koalition wollen an der Konferenz teilnehmen. Die Armee der syrischen Rebellen (FSA) kündigte einen Boykott an.

Mehr als eine Million Kinder auf der Flucht

Nach einem Bericht des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind mehr als eine Million syrischer Kinder vor dem Bürgerkrieg ins Ausland geflohen; allein 385.000 in den Libanon, 294.000 in die Türkei und 291.000 nach Jordanien. Seit dem Völkermord in Ruanda habe es keine vergleichbare Flüchtlingskatastrophe gegeben. Viele Kinder seien traumatisiert. Nach Recherchen der Londoner Nichtregierungsorganisation Oxford Research Group sollen bis Ende August 2013 mehr als 11.400 syrische Kinder ums Leben gekommen sein.

Libanon

Schießerei zwischen Anhängern und Gegnern von Assad in Tripoli

Am 30.11.13 wurde in der Stadt Tripoli ein Alawit aus einem Assad-freundlichen Stadtteil erschossen, worauf Anhänger und Gegner des syrischen Regimes aufeinander schossen und die Armee eingriff. Mindestens vier Personen sollen ums Leben gekommen sein. Am 01.12.13 tötete ein Scharfschütze in Tripoli mindestens drei Menschen. Der syrische Bürgerkrieg, in dem die libanesische Hizbollah an der Seite des syrischen Regimes kämpft, greift zunehmend auf den Libanon über.

Libyen

Mausoleum zerstört

Am 28.11.13 sprengten Unbekannte ein osmanisches Mausoleum aus dem 16. Jahrhundert östlich von Tripolis; das Mausoleum lag neben einer wichtigen Moschee. Es wird vermutet, dass die islamistische Ansar-al-Scharia-Brigade für den Anschlag verantwortlich ist.

In der Nacht zum 26.11.13 hatte sich in Bengasi die Armee mit dieser Miliz ein stundenlanges Gefecht mit mehreren Toten und Verletzten geliefert.

Die Ansar al-Scharia ist die größte salafistische Extremistengruppe in Libyen, ihr militärischer Flügel besteht aus ehemaligen Rebellen.

Tunesien

Gewalt bei Demonstrationen

Am 27.11.13 wurden nach Angaben aus tunesischen Sicherheitskreisen bei Ausschreitungen in der Stadt Siliana, rund 150 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Tunis, mehr als 50 Polizisten verletzt. Außerdem seien dabei Polizeiautos und öffentliche Gebäude beschädigt worden. Der Gewerkschaftsbund UGTT hatte in Siliana zu einem Generalstreik aufgerufen. Bei den Protesten bewarfen Demonstranten die Polizisten mit Steinen, bevor sie mit Polizeiautos auseinandergetrieben wurden. Der Streik und die Proteste, die bis in die Nacht fortgesetzt wurden, richteten sich gegen unzureichende Hilfen für ca. 300 Demonstranten, die vor einem Jahr bei der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten verletzt worden waren. Die Gewerkschaft warf den Behörden zudem vor, insgesamt nicht genug gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu tun.

Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam es auch in der Stadt Gafsa, wo die UGTT für den 27.11.13 ebenfalls zu einem Generalstreik aufgerufen hatte. Die Demonstranten warfen der Regierung vor, die Provinzstadt zu vernachlässigen, da sie bei der Planung neuer medizinischer Einrichtungen übergangen worden war. Die Protestierenden versuchten das Gouverneursbüro zu stürmen und verwüsteten den Sitz der islamistischen Regierungspartei Ennahda in Gafsa.

Ägypten

Erneut Tote und Verletzte bei Zusammenstößen

Bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei ist in Kairo am 28.11.13 ein Student getötet worden. Ebenfalls am 28.11.13 wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen im Süden des Landes zwei Menschen getötet. Medienberichten zufolge seien zehn weitere Personen bei dem Vorfall in der Provinz Al-Minja verletzt worden. In der vergangenen Woche fanden auch mehrere Demonstrationen der Gruppe „Nein zu Militärprozessen gegen Zivilisten“ statt, die nicht mit den Muslimbrüdern sympathisiert. Außerdem gab es vermehrt Kritik am neuen Demonstrationsgesetz, das der Polizei den Einsatz von Gewalt bei allen unangemeldeten Kundgebungen erlaubt. In mehreren Städten kam es zudem nach den Freitagsgebeten erneut zu Massenprotesten der Muslimbruderschaft, gegen die die Polizei teilweise gewaltsam vorging.

Oppositioneller Abdel Fattah festgenommen

Alaa Abdel Fattah wurde am 28.11.13 in seinem Haus in Kairo von der Polizei festgenommen. Nach Angaben der Sicherheitskräfte wird ihm Anstachelung zur Gewalt vorgeworfen. Den Angaben zufolge hatte die Justiz am 27.11.13 die Festnahme Abdel Fattahs sowie des Aktivisten Ahmed Maher angeordnet. Maher ist Gründer der Bewegung vom 6. April, die die Proteste gegen den langjährigen Machthaber Mubarak im Januar 2011 angeführt hatte. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, gegen das neue Demonstrationsgesetz verstoßen zu haben, das dazu verpflichtet, Proteste drei Tage im Voraus anzumelden und vom Innenministerium genehmigen zu lassen.

Entwurf für neue Verfassung vorgelegt

Die Militärregierung hat am 28.11.13 den Entwurf für die neue Verfassung vorgelegt. Darin wird die Rolle der Armee deutlich gestärkt. Militärgerichte sollen zukünftig auch bei Zivilfällen entscheiden dürfen. Zudem ist ein grundsätzliches Verbot islamistischer Parteien vorgesehen. Der vom Militärerrat nach dem Sturz des Präsidenten Mursi vorgelegte Zeitplan sieht eine revidierte Verfassung bis zum 03.12.13 vor. Am 01.12.13 nahm in einem ersten Schritt der „Ausschuss der 50“ aus Regierungsvertretern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens alle Artikel an. Im Januar soll in einem Referendum, gefolgt von Parlamentswahlen, über die Annahme der Verfassung entschieden werden.

Angola

Keine staatliche Anerkennung diverser religiöser Gruppen

Ende November wurden die Anträge von – je nach Quelle – 170 bis 194 religiösen, meist evangelikalen, Gruppen auf staatliche Anerkennung abgelehnt. Darunter befand sich auch eine Dachorganisation der angolanischen Muslime. Entgegen ersten Meldungen der vergangenen Woche wurde der Islam anscheinend nicht gezielt verboten. Wie die Kulturministerin Rosa Cruz e Silva mitteilte, ist die Regierung bestrebt, die Zahl an Sekten im Lande zu begrenzen und dabei gegen Hexerei und illegale Migration vorzugehen. Ziel seien insbesondere die in den letzten Jahren zahlreich entstandenen evangelikalen Gruppen, denen sich die Anhänger etablierter Kirchen zuwandten.

David Já, ein Vertreter der Muslime, wies auf die Zerstörung von acht Moscheen in den vergangenen zwei Jahren hin. Dutzende Moscheen mit Ausnahme der in Luanda seien unter Hinweis auf fehlende Genehmigungen in der Vergangenheit von den Behörden geschlossen worden.

Hintergrund

Erst nach staatlicher Anerkennung haben religiöse Gruppen das Recht, Andachtsorte und Schulen einzurichten. Voraussetzungen für eine Anerkennung sind u.a. mehr als 100.000 Mitglieder. Schätzungen zufolge leben in Angola 80.000 bis 90.000 Muslime; muslimische Quellen gehen von bis zu 800.000 aus. Mehr als 900 religiöse Organisationen haben sich seit 1991 vergeblich um eine Anerkennung bemüht. Der Staat duldet in der Regel die Aktivitäten von mehr als 2.000 religiösen Gruppen, die ohne Anerkennung im Lande aktiv sind. 83 ausschließlich christliche Gruppen sind offiziell anerkannt. Mehr als die Hälfte der etwa 20 Millionen Einwohner Angolas gehören der katholischen Kirche an.

Eritrea

Höchste Flüchtlingsrate weltweit

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl verzeichnet Eritrea die höchste Flüchtlingsrate weltweit. Nach Schätzungen verlassen monatlich rund 2.000 bis 3.000 Menschen – meist illegal über die sudanesische und äthiopische Grenze – das Land. Hauptgrund ist die unbestimmte Dauer des Nationaldienstes. Berichten zufolge komme es dort zu unverhältnismäßigen Strafen, Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung sowie Haft unter unmenschlichen Bedingungen. Weibliche Militärangehörige würden Opfer sexueller Misshandlungen durch Vorgesetzte. Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Situation der Menschenrechte in Eritrea, Sheila B. Keetharuth, hat „große Besorgnis über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen“ bekundet, die zur Flucht von „Hunderttausenden“ geführt habe.

Hintergrund

In Eritrea gibt es statt eines Militärdienstes den sog. Nationaldienst. Er umfasst Aufgaben aus dem zivilen und militärischen Bereich, z. Bsp. ein sechsmonatiges Militärtraining. Der Dienst ist ein wichtigstes Instrument der Regierung zur Disziplinierung, Indoktrinierung, Überwachung und zum Infrastrukturausbau. Ein Recht zur Verweigerung aus Gewissensgründen bzw. einen Ersatzdienst gibt es nicht. Offiziell dauert der Dienst 18 Monate. Das Scheitern des Friedensprozesses mit Äthiopien führte im Sommer 2002 dazu, dass der Nationaldienst z.T. mehrere Jahre dauert.

Uganda

Regierung geht gegen Opposition vor

Die Polizei hat am 25.11.13 den Bürgermeister der Hauptstadt Kampala, Erias Lukwago, sowie mehrere Parlamentarier der Opposition festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Die Politiker wollten eine Anti-Regierungs-Demonstration abhalten. Der Bürgermeister war zuvor seines Amtes enthoben worden. Nach Angaben von Parlamentariern wurden andere Oppositionelle unter Hausarrest gestellt. Der Ort der geplanten Protestaktion wurde weiträumig abgeriegelt. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die gegen die Entlassung des Bürgermeisters Protestierenden zu vertreiben.

Ein Richter entschied zwischenzeitlich Lukwago wieder in sein Amt einzusetzen.

Mali

Tuaregrebellen künden Waffenstillstand auf

Die Tuaregrebellen im Norden Malis haben das Waffenstillstandsabkommen vom Juni 2013 für beendet erklärt und mitgeteilt, die Armee anzugreifen.

Am 28.11.13 gab es einen Zwischenfall in der Stadt Kidal im Norden des Landes, als der Premierminister zu einem Besuch der Region auf dem Flughafen landen wollte. Es soll zu Ausschreitungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen sein. Unbestätigten Meldungen zufolge wurden drei Rebellen getötet.

In der Nacht vom 30.11.13 zum 01.12.13 hat ein Einzeltäter in der Stadt Menaka einen Anschlag auf einen Stützpunkt der internationalen Truppen verübt. Außer dem Attentäter soll es keine Verletzten gegeben haben.

Nigeria

Bewaffnete töten im Bundesstaat Plateau Dorfbewohner

Am frühen Morgen des 26.11.13 griffen unbekannte Bewaffnete im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau vier Dörfer in den Barkin Ladi und Mangu Local Government Areas an. Sie töteten in vorwiegend von Angehörigen der christlichen Ethnie der Berom bewohnten Dörfern insgesamt 37 Bewohner (in Katu Kapang 13, Daron 8, Tul 9 und Rawuru 7). Einige Tage vorher soll den halbnomadischen Viehhirten der überwiegend muslimischen Ethnie der Fulani Vieh gestohlen und einige Fulani sollen getötet worden sein. In Plateau kommt es seit mehreren Jahren immer wieder zu gewaltsamen Landstreitigkeiten zwischen Fulani-Nomaden und Berom-Bauern.

Menschenrechtsverletzungen durch Boko Haram und Sicherheitskräfte

Human Rights Watch (HRW) beschuldigt nach einer neuntägigen Fact-Finding-Mission im November 2013 in einem Bericht vom 29.11.13 („Boko Haram Abducts Women, Recruits Children“) die islamistische Organisation Boko Haram, eine Vielzahl von Frauen und Mädchen entführt und vergewaltigt zu haben. So hätten Kommandeure der „Civilian Joint Task Force“ berichtet, dass sie in Nordostnigeria 26 Frauen und Mädchen aus Stützpunkten der Boko Haram in Maiduguri und im Sambisa Wald befreit hätten, von denen einige schwanger gewesen seien oder Babies gehabt hätten. Viele von ihnen seien entführt worden, als sie Waren auf den Straßen verkauft oder auf entlegenen Farmen gearbeitet hätten. Ferner wirft HRW der Organisation vor, schon Zwölfjährige bei Kämpfen eingesetzt zu haben.

Den Sicherheitskräften wirft HRW vor, insbesondere im Mai und Juni 13 in Maiduguri willkürlich Hunderte von Männern inhaftiert zu haben. Viele von ihnen, möglicherweise Hunderte von ihnen, gelten als vermisst. Inhaftierte seien laut Zeugenaussagen in der Haft aufgrund der schlechten Haftbedingungen gestorben oder von Angehörigen der 21. Panzerbrigade hingerichtet worden. Seit Juli 13 scheinen Verhaftungen und Todesfälle in der Haft abgenommen zu haben.

Russische Föderation

15 Mitglieder einer islamistischen Gruppierung in Moskau festgenommen

Bei einer Razzia von Sicherheitskräften am 27.11.13 im Osten Moskaus wurden 15 Personen verhaftet, die der islamistischen Organisation Al-Takfir wal-Hijra angehören und Verbindungen in den Nordkaukasus haben sollen bzw. von dort stammten. Bei den Festgenommenen wurden Sprengstoffgürtel, Waffen und Schriftstücke sichergestellt. Die in den 1970er Jahren in Ägypten entstandene Organisation wurde in der Russischen Föderation im Jahr 2010 als extremistisch eingestuft und am 15.09.10 durch Entscheidung des Obersten Gerichtshofes verboten.

Sicherheitslage im Nordkaukasus

In der Woche vom 18.11. bis 24.11.13 starben laut der Internetzeitung „Caucasian Knot“ mindestens 18 Personen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen im Nordkaukasus, mehrere wurden verwundet. Schwerpunkt war erneut Dagestan, wo zehn islamistische Extremisten und drei Mitglieder der Sicherheitskräfte bei Kämp-

fen getötet wurden. Zwei Extremisten und zwei Zivilisten starben in Kabardino-Balkarien und ein Zivilist in Inguschetien.

Ukraine

Massenproteste in der Hauptstadt

An den Massenprotesten am 01.12.13 in Kiew nahmen nach Schätzungen mehr als eine halbe Million Menschen teil. Sie forderten den Rücktritt von Präsident Wiktor Janukowitsch und die Fortsetzung der EU-Annäherung. Seit der Nacht auf den 02.12.13 harren rund 5.000 Anhänger der Opposition im Zentrum der Stadt aus und errichten Zelte und Barrikaden. Das Rathaus ist seit dem Nachmittag des 01.12.13 von Demonstranten besetzt. Zu den Protesten war es gekommen, nachdem sich Präsident Janukowitsch auf dem EU-Gipfel in Vilnius geweigert hatte, ein unterschriftsreifes Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, und zugleich die bilateralen Beziehungen zu Russland vertiefte. Bereits am 30.11.13 war die Polizei mit großer Härte bei einer Demonstration gegen EU-Befürworter vorgegangen. Auch am 01.12.13 kam es wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Regierungsgegnern. Zwar verlief die Demonstration weitgehend friedlich, allerdings versuchte eine Gruppe von Randalierern mit Hilfe eines Bulldozers Absperrungen beim Präsidialamt zu durchbrechen. Auch warfen sie Steine und andere Gegenstände auf Polizeibeamte. Diese setzten Tränengas und Blendgranaten ein und gingen mit Knüppeln gegen die Demonstranten vor. Journalisten wurden ebenfalls von der Polizei angegriffen. Insgesamt erlitten mehr als 160 Menschen Verletzungen. Etwa 50 Sicherheitskräfte und mehrere Demonstranten mussten in Krankenhäusern behandelt werden.

Vietnam

Strafen für Regierungskritik in Sozialen Netzen

Laut einem Anfang letzter Woche veröffentlichten Gesetz können künftig Geldstrafen in Höhe von bis zu 100 Millionen Dong (rund 3.500 Euro) gegen jede Person verhängt werden, die in einem Sozialen Netz regimekritische Äußerungen macht, soweit diese nicht anderweitig eine Straftat darstellen. Hierzu zählen Äußerungen, die als „Propaganda gegen den Staat“ oder als Verbreitung „reaktionärer Ideologie“ gewertet werden. Aufgrund der vagen Formulierungen der neuen Bestimmungen ist unklar, welche regimekritischen Äußerungen einen Straftatbestand mit der Folge möglicher Strafhaft und welche nur eine mit einer Geldstrafe bewehrte Ordnungswidrigkeit darstellen.

Sri Lanka

Beginn der Zählung von Bürgerkriegs-Opfern

Viereinhalb Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges hat die Regierung am 27.11.13 mit der Erfassung der Toten und Vermissten begonnen. Rund 16.000 Beamte werden nach Regierungsangaben im nächsten halben Jahr in 14.000 Dörfern Informationen sammeln. Die internationale Gemeinschaft wirft sowohl der Rebellenorganisation LTTE, die 26 Jahre lang für einen unabhängigen Staat im Norden des Landes gekämpft hatte, als auch der Armee vor, für den Tod zahlreicher Zivilisten verantwortlich zu sein. Bürgerrechtsgruppen sprechen von einigen Tausend bis zu 150.000 Menschen, deren Verbleib ungeklärt ist. Bei dem Zensus soll auch die Zahl der Verletzten und die Höhe der Sachschäden erfasst werden. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass mit dem Zensus lediglich eine von den Vereinten Nationen geforderte internationale Untersuchung verhindert werden soll.

Bangladesch

Gewalttätige Proteste gegen geplante Parlamentswahl

Bereits in den vergangenen Wochen kam es immer wieder zu Demonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsanhängern und der Opposition. Nach Bekanntgabe des Wahltermins für die Parlamentswahlen am 05.01.14 verschärfen sich die Auseinandersetzungen. Allein im November 2013

sollen mehr als 30 Menschen dabei ums Leben gekommen sein. Nach Angaben der Opposition wurden ca. 450 Demonstranten festgenommen. Hintergrund der Auseinandersetzungen ist der Streit über die Forderung der Opposition nach Einsetzung einer neutralen Übergangsregierung, die den korrekten Ablauf der Wahl überwachen soll. Dies lehnt Premierministerin Sheikh Hasina ab.